



Niederschrift

über die
2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses
am 14.03.2017
in Bremervörde, Gymnasium, Raum C 04/C 06

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Doris Brandt	Vertretung für Abgeordneten Bernd Wölbern
Abg. Klaus Brodersen	Vertretung für Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen
Abg. Reinhard Bussenius	
Abg. Lothar Cordts	
Abg. Dr. Karsten Hoffmann	ab TOP 5
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten	
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Kerstin Klabunde	
Abg. Hans-Jürgen Krahn	Vertretung für Abgeordneten Frank Peters
Abg. Volker Kullik	
Abg. Hartmut Leefers	
Abg. Reinhard Lindenberg	
Abg. Erika Schmidt	

Interessenvertreter

Frau Petra Fischer	bis TOP 3
Frau Stella Glandorf	
Herr Ralph Lindemann	
Frau Cordula Mielke	
Herr Herbert Renken	ab TOP 4

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring	
VA Stefan Raatz	
VA Christina Bonke	bis TOP 7
KA Detlev Bolz	

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Schulausschusses am 24.11.2016
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Vorstellung des Internetauftritts der Bildungsregion Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2016-21/0148
- 6** Sanierung / Neubau Gymnasium und Berufsbildenden Schulen Bremervörde
- 6.1** Weiteres Vorgehen
Vorlage: 2016-21/0155
- 6.2** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.12.2016
Vorlage: 2016-21/0156
- 7** Kreisschulbaukasse
- 7.1** Einzelanträge
Vorlage: 2016-21/0149
- 7.2** Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen
Vorlage: 2016-21/0150
- 8** Umgang mit gekündigten Verwaltungsvereinbarungen zur Finanzierung gemeindlicher Gymnasialangebote; hier:
 - a) Neuberechnung der Kreisschulbaukassen-Restguthaben der Samtgemeinden Sottrum und Tarmstedt
 - b) Beschränkung weiterer Einvernehmen auf zukünftige notwendige bauliche Erweiterungen
 - c) Entscheidung über das Einvernehmen zu geplanten baulichen Erweiterungen am Gymnasium SottrumVorlage: 2016-21/0153
- 9** Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 10** Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Leefers eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, die Presse und die Zuhörer.

Vorsitzender Leefers stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Schulleiter des Gymnasiums Bremervörde, **Herr Löffler**, stellt die Schule vor und weist auf die vom Förderverein im Eingangsbereich zusammengestellten Schulimpressionen hin.

Frau Fischer und **Frau Glandorf** als vom Kreistag in den Schulausschuss bestellte Vertreterinnen der Lehrerschaft und der Schülerschaft, so **Vorsitzender Leefers**, seien auf ihre Pflichten nach den §§ 40 bis 42 NKomVG hingewiesen worden.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Änderungswünsche oder -notwendigkeiten zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Schulausschusses am 24.11.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 1.Sitzung des Schulausschusses am 24.11.2016 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

Frau Fischer verlässt die Sitzung, **Herr Renken** nimmt an der Sitzung teil.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Erster KR Dr. Lühring berichtet, dass die aktuelle Schülerzahlenstatistik über das Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt werde.

Erster KR Dr. Lühring berichtet weiter, dass die Förderschulen ihre Funktion als Förderzentren für die allgemeinen Schulen verlieren werden. Landesseitig sei beabsichtigt, schrittweise in jedem Landkreis ein regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum für die schulische Inklusion einzurichten. Im Vorfeld hierzu werden landesseitig jährlich 10 bis 12 Arbeitsgruppen auf Kreisebene eingerichtet, in die Vertretungen der Landesschulbehörde, der Förderschulen und der Landkreis bzw. kreisfreien Städte einbezogen werden sollen. Der Landkreis habe sein Interesse an baldiger Mitwirkung angemeldet.

Für alle Schulen des Landkreises werde die Fortschreibung der Raumprogramme angestrebt, so **Erster KR Dr. Lühring**. Im Hinblick auf die Rückkehr zum G9 solle zunächst mit den Gymnasien begonnen werden.

Erster KR Dr. Lühring sagt, beim Raumprogramm für das künftige gemeinsam mit den städtischen Schulen genutzte Mensa- und Aula-Gebäude auf dem Schulcampus Bremervörde seien vom Landkreis noch kleinere Änderungswünsche angemeldet worden. Dies betreffe u.a. die Einrichtung eines gemeinsamen Kiosks für alle beteiligten Schulen. Hierüber werden noch Gespräche geführt.

Das Schülerwohnheim in Zeven, so **Erster KR Dr. Lühring** weiter, sei in den vergangenen Jahren nicht gut ausgelastet gewesen. Auch die zwischenzeitliche Nutzung von Teilen des Gebäudes für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sei wieder zurückgegangen. Eventuell müsse das Gebäude teilweise einer anderen Nutzung zugeführt werden. Zunächst müssten allerdings die kostendeckenden Beiträge für die Unterbringung auswärtiger Berufsschüler angehoben werden, um eine erhöhte Kostendeckung zu erzielen.

Zu der in der Presse diskutierten Parkplatzsituation bei den Berufsbildenden Schulen in Rotenburg führt **Erster KR Dr. Lühring** aus, dass es eine erste Idee sei, hinsichtlich der Verpflichtung zur Einrichtung barrierefreier Haltestellen, die Bushaltestelle vor das Hauptgebäude zu verlegen und dabei einige zusätzliche Parkplätze zu bauen sowie die bestehenden Parkplätze um die Fläche der jetzigen Bushaltestelle zu vergrößern.

Erster KR Dr. Lühring sagt, die Berufsbildenden Schulen in Rotenburg hätten die Erweiterung des beruflichen Gymnasiums Technik um den Schwerpunkt Gestaltungs- und Medientechnik beantragt. Es handele sich um eine geringfügige Ergänzung des Angebotes ohne zusätzliche Kosten für den Landkreis, die mit den anderen Berufsbildenden Schulen im Landkreis abgestimmt sei, so dass ein formeller Beschluss nicht notwendig sei. Die Berufsbildenden Schulen Zeven hätten ebenfalls Interesse an einer gleichartigen Angebotserweiterung ab August 2018 signalisiert.

Hinsichtlich der in Zeven derzeit in der Diskussion befindlichen Frage einer künftigen Kooperation von Integrierter Gesamtschule und Berufsbildenden Schulen im Oberstufenbereich unterstreicht **Erster KR Dr. Lühring** die kritische Auffassung des Landkreises zu einer möglichen dritten Oberstufe auch bei der IGS in Rotenburg.

Abg. Dr. Hoffmann nimmt an der Sitzung teil.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Vorstellung des Internetauftritts der Bildungsregion Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2016-21/0148

Herr Schütz stellt als Bildungskordinator den Internetauftritt der Bildungsregion Landkreis Rotenburg (Wümme) vor (<http://bildungsregion.lk-row.de/>).

Erster KR Dr. Lühring weist auf die Historie und insbesondere auch auf die Schwerpunktbildung durch die Lenkungsgruppe hin. Der mit der Internetseite des Landkreises verknüpfte Internetauftritt der Bildungsregion sei die Basis für das weitere Vorgehen im Sinne einer Vernetzung der Akteure bei Vermeidung von Doppelstrukturen.

Nach kurzer Aussprache bedankt sich **Vorsitzender Leefers** bei Herrn Schütz für die Darstellung der bisher geleisteten Arbeit.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Sanierung / Neubau Gymnasium und Berufsbildenden Schulen Bremervörde**

Punkt 6.1 der Tagesordnung: **Weiteres Vorgehen**
Vorlage: 2016-21/0155

Punkt 6.2 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.12.2016**
Vorlage: 2016-21/0156

Auf Anregung der **Abg. Brandt** besteht Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 6.1. und 6.2 gemeinsam zu behandeln.

Frau Bonke stellt den derzeitigen Sachstand und das beabsichtigte weitere Vorgehen mit der der Niederschrift beigefügten Präsentation vor.

Abg. Klabunde begrüßt die Umsetzung der Anforderungen des Schulausschusses und weist auf die einmalige Chance zum Bau einer zukunftsfähigen Schule hin. Sie vermisse allerdings eine Aussage zur Zeitplanung.

Frau Bonke führt aus, eine exakte Zeitplanung sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich und sagt eine Information der Abgeordneten bei entsprechend konkretisierter Planung zu.

Auf Fragen des **Abg. Lindenberg** antwortet **Frau Bonke**, das Beschaffungsmodell sehe hinsichtlich einer möglichen Haftung nur einen Ansprechpartner für den Landkreis vor. Die durchgeführte Baugrundsondierung könne auch auf den nicht untersuchten Grundstücksteil übertragen werden. Die exakte Art der Baudurchführung werde sich erst im Wettbewerb ergeben, eine Interimsunterbringung werde allerdings ausgeschlossen sein.

Abg. Bussenius hält eine Einbindung der Kollegien, der Schüler und der Eltern in die Planungen für wichtig. Er weist auf die mit einem Neubau zunehmende Entfernung zu einigen in den vergangenen Jahren errichteten Bauteilen, wie z.B. das V-Deck, hin. Weiterhin könnten Einwendungen von Nachbarn die Baufertigstellung verzögern.

Erster KR Dr. Lühring erklärt, die Zukunft des V-Decks müsse noch geklärt werden. Zur Einbindung des Kollegiums, Schüler und Eltern sei am 15.03.2017 eine Veranstaltung geplant, die eine Vielzahl von Betroffenen und Interessierten einbinde.

Herr Lindemann weist darauf hin, dass der Verzicht auf eine eigene Sportanlage im Kollegium zu Irritationen geführt habe. Auch könne die sich mit dem Neubau ergebende größere Nähe zu den städtischen Schulen zu Problemen unter den Schülern führen.

Erster KR Dr. Lühring weist auf die zukünftig größere Notwendigkeit gemeinsamer Nutzung schulischer Einrichtungen hin, die letztendlich notwendigen Sportkapazitäten seien ebenfalls in der Phase 0 zu klären.

Abg. Kullik hält den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion für weitergehend, da der erste Teil des Beschlussvorschlages gegenüber dem Antrag seiner Fraktion zu vorsichtig formuliert sei.

Nach kurzer weiterer Aussprache schlägt **Erster KR Dr. Lühring** vor, im Beschlussvorschlag das Wort „soll“ durch „wird“ zu ersetzen. Zu dieser Änderung sowie dazu, dass der Antrag damit im Beschlussvorschlag aufgeht und nicht mehr im Kreistag behandelt werden muss, besteht Einvernehmen.

Beschluss:

- Es wird im weiteren Projektverlauf die Variante Neubau weiter verfolgt.
- Es soll ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden, das die Möglichkeit eröffnet, das gesamte Grundstück des Landkreises optimal in die weiteren Planungen einzubeziehen.
- Vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung soll eine Gesamtvergabe mit Zwischenfinanzierung ausgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Punkt 7 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse**

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Einzelanträge**
Vorlage: 2016-21/0149

Auf eine Frage des **Abg. Cordts** antwortet **Erster KR Dr. Lühring**, bei den Kosten für den Brandschutz an den Bremervörder Schulen handele es sich um vom Kreisausschuss beschlossene Maßnahmen, die unabdingbar und notwendig seien.

Anmerkung der Verwaltung: Bei den in der Vorlage genannten Erhöhungsbeträgen geht es um die geplante Fortsetzung von mehrjährigen Maßnahmen. Lediglich bei der Sicherheitsbeleuchtung am Gymnasium Zeven handelt es sich um unerwartete Mehrkosten, die das Ausschreibungsergebnis ergeben hat.

Beschluss:

Die Schulträger erhalten für Schulbaukosten aus der Kreisschulbaukasse die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2018 bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen**
Vorlage: 2016-21/0150

Abg. Schmidt fragt nach einer Übersicht über die in den einzelnen Verwaltungseinheiten in den vergangenen fünf bis zehn Jahren verbauten Summen.

Erster KR Dr. Lühring sagt die Erstellung einer Übersicht zu, bei der es aber auch mögliche Querverschiebungen in den Schullastenausgleich geben könne.

Der Schulausschuss nimmt die Mitteilungen anschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Umgang mit gekündigten Verwaltungsvereinbarungen zur Finanzierung gemeindlicher Gymnasialangebote; hier:**
a) Neuberechnung der Kreisschulbaukassen-Restguthaben der Samtgemeinden Sottrum und Tarmstedt
b) Beschränkung weiterer Einvernehmen auf zukünftige notwendige bauliche Erweiterungen
c) Entscheidung über das Einvernehmen zu geplanten baulichen Erweiterungen am Gymnasium Sottrum
Vorlage: 2016-21/0153

Erster KR Dr. Lühring weist auf die historisch gewachsene Situation hin. Es habe kürzlich Gespräche mit den Samtgemeinden Sottrum und Tarmstedt gegeben, bei denen die Samtgemeinden der Reduzierung der Restguthaben zugestimmt hätten. Allerdings sollten die Planungs-

kosten für den Bau einer Mensa und weiterer Räumlichkeiten für den Ganztagsbetrieb in Sottrum auf 100.000 € erhöht werden. Hierzu besteht Einvernehmen.

Beschluss:

- a) Das Restguthaben der Samtgemeinde Sottrum wird rückwirkend auf anfänglich 395.000 € und das der Samtgemeinde Tarmstedt rückwirkend auf anfänglich 670.000 € festgesetzt.
- b) Bei der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und der Samtgemeinde Sottrum über die Schul- und Kostenträgerschaft am Gymnasium Sottrum wird die Herstellung möglicher weiterer Einvernehmen, entsprechend dem Wortlaut der ursprünglichen Verwaltungsvereinbarung, auf zukünftig notwendige bauliche Erweiterungen für den Gymnasialbereich beschränkt.
Beiden Samtgemeinden wird ermöglicht, als Schulträger Baumaßnahmen oder sonstige Investitionen auch ohne Abstimmung mit dem Landkreis durchzuführen, wenn sie diese aus dem eigenen Haushalt finanzieren und ggfs. dazu die normale Förderung aus der Kreisschulbaukasse in Anspruch nehmen.
- c) Für den Anbau eines Abstellraumes an die Turnhalle des Gymnasiums Sottrum erklärt der Landkreis sein Einvernehmen. Für den Bau einer Mensa und weiterer Räumlichkeiten für den Ganztagsbetrieb sowie neuer notwendiger Räumlichkeiten für das G 9 wird das Einvernehmen bis zu 100.000 € für Planungsleistungen erklärt. Die Auszahlung der Mittel erfolgt über den Haushalt 2018 im Rahmen der zur Verfügung stehende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 €. Nach dem Vorliegen einer konkreten Planung und Kostenschätzung wird über die weitere Herstellung des Einvernehmens beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 10 der Tagesordnung: Berichte und Anfragen

Es liegen keine Berichte oder Anfragen vor.

Vorsitzender Leefers schließt die Sitzung um 16.45 Uhr.

gez. Leefers
Vorsitzender

gez. Dr. Lühring
Erster Kreisrat

gez. Bolz
Protokollführer